

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

01. - 07. November 2025

Die Verhandlungen über den französischen Haushalt 2026 geraten zunehmend ins Stocken. Am heutigen Freitag, dem 7. November, soll über den zweiten Teil (von drei) des Sozialversicherungsbudgets abgestimmt werden. Sollte der Text abgelehnt werden, wird er automatisch an den Senat weitergeleitet. Dort haben die *Républicains* die Mehrheit und könnten viele Kompromisse, die Lecornu mit den Sozialisten ausgehandelt hat, wieder streichen. Gleichzeitig hinkt auch die allgemeine Haushaltsdebatte für 2026 weit hinterher: Noch rund 2.000 Änderungsanträge müssen bis zum 23. November geprüft werden – ein Zeitplan, der kaum einzuhalten scheint. Auch dieser Text wird anschließend direkt an den Senat weitergeleitet. Sollte er dort abgelehnt werden, müsste eine gemeinsame Kommission aus Abgeordneten und Senatoren versuchen, einen Kompromiss zu finden – doch ob das gelingt, ist völlig offen. Scheitert auch dieser Versuch, blieben der Regierung nur noch zwei Möglichkeiten: entweder den Haushalt per Verordnung zu verabschieden oder ein Sondergesetz zu erlassen, das vorübergehend den Haushalt des Vorjahres weiterführt.

Am 5. November hat ein Autofahrer auf der Île d'Oléron (Atlantikküste, Charente-Maritime) absichtlich mehrere Passanten angefahren. Bei dem Vorfall wurden fünf Menschen verletzt, zwei davon schwer. Der Fahrer wurde nach einer etwa 30-minütigen Fahrt mit vier getrennten Kollisionen auf einer Strecke von rund zehn Kilometern festgenommen, nachdem er sein Auto in Brand gesetzt hatte. Der Innenminister Nuñez, der zum Tatort reiste, teilte mit, dass in dem Fahrzeug ein 35 Zentimeter langes Messer und eine Gasflasche gefunden wurden. Der Verdächtige gab an, sich kürzlich zum Islam bekehrt zu haben, nachdem er sich zuvor dem Katholizismus zugewandt hatte. Er erklärte, er habe „den Befehlen Allahs“ gehorcht, die ihn zu einem „Opfer“ aufgefordert hätten, und habe „Allahu Akbar“ gerufen, als er festgenommen wurde. Der Mann ist polizeibekannt wegen kleinerer Delikte, stand aber nicht unter Beobachtung der Geheimdienste. Er war mehrfach drogenabhängig und stand zum Tatzeitpunkt unter dem Einfluss von Cannabis. Laut Gutachten leidet er an Persönlichkeitsstörungen, ist aber strafrechtlich verantwortlich. Obwohl in seiner Unterkunft religiöse Schriften gefunden wurden, gibt es keine Hinweise auf terroristische Verbindungen. Der Antiterror-Staatsanwalt (PNAT) hat den Fall daher nicht übernommen.

Der chinesische Fast-Fashion-Konzern Shein hat im Pariser Kaufhaus BHV seinen ersten Laden weltweit eröffnet. Die Eröffnung zog große Menschenmengen an, aber auch Proteste von Aktivisten, die Shein wegen Zwangsarbeit, Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen kritisieren. Zeitgleich geriet Shein in Frankreich unter massiven politischen und juristischen Druck. Nach mehreren Skandalen – darunter der Verkauf illegaler oder nicht konformer Produkte auf der Plattform – leitete die Regierung ein Verfahren zur möglichen Sperrung des Onlineshops ein. Am Flughafen Roissy-Charles-de-Gaulle wurde eine beispiellose Kontrollaktion gestartet: 200.000 Pakete aus China, die für Shein-Kundinnen und Kunden bestimmt waren, wurden geöffnet und überprüft. Laut der Ministerin für öffentliche Finanzen, Amélie de Montchalin, waren 80 % der überprüften Waren nicht konform mit EU-Sicherheitsstandards (fehlende CE-Kennzeichnung, falsche Deklaration, Steuerumgehung). Viele Produkte wurden beschlagnahmt oder vernichtet. Angesichts dieser Kontroversen fordern nun auch mehrere französische Politiker strengere Maßnahmen gegen Shein. Bruno Retailleau, Vorsitzender der Partei *Les Républicains*, ging sogar noch weiter: Er erklärte, dass er Shein in Frankreich verbieten würde, da das Unternehmen eine Gefahr für die nationale Industrie darstelle, und plädierte für die Einführung von Zöllen nach dem Vorbild der USA.

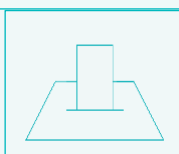
Ein weiterer Skandal sorgte für Aufsehen, diesmal, weil die Staatsanwaltschaft in Paris mehrere Ermittlungen gegen Shein und andere Plattformen (AliExpress, Temu, Wish) eingeleitet und zudem ein Verfahren zur Aussetzung der Plattform Shein in Frankreich angestoßen hat. Anlass war die Entdeckung von Sexpuppen mit kindlichem Erscheinungsbild auf ihren Websites, die in offen kinderpornografischen Anzeigen beworben wurden. Der Sprecher von Shein Frankreich, Quentin Ruffat, erklärte, das Unternehmen sei bereit, vollständig mit der französischen Justiz zu kooperieren und die Namen der Käufer solcher Puppen weiterzugeben. Shein räumte einen „internen Fehler“ ein und kündigte an, seine Kontrollmechanismen zu verschärfen, um solche Vorfälle künftig zu verhindern. Die Beauftragte für den Schutz von Kindern, Sarah El-Haïry, verurteilte diese Produkte scharf und bezeichnete sie als „pädagogisch-kriminelle Objekte“. Trotz der Kontroverse wurde die Partnerschaft zwischen Shein und dem Pariser Kaufhaus

BHV aufrechterhalten, obwohl dieses den Verkauf solcher Artikel als „inakzeptabel“ bezeichnete.

Die französischen Abgeordneten François-Xavier Bellamy und Céline Imart (Les Républicains) stellen sich gegen den EU-Plan, Erasmus+ auf Länder südlich des Mittelmeers auszudehnen, darunter Algerien, Libyen, Syrien, Palästina, Tunesien oder Ägypten. Die Petition kritisiert, dass Erasmus+, finanziert durch europäische Steuerzahler und ursprünglich auf die Förderung der europäischen Jugend ausgerichtet, zu einem Instrument der Migration werden könnte. Bereits heute sei das Studentenvisum in Frankreich der häufigste Grund für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, und viele Studierende würden nach Ablauf ihres Visums nicht in ihre Heimat zurückkehren. Staaten, die ihre illegal eingereisten Bürger nicht zurücknehmen, sollten nicht noch bevorzugten Zugang zu europäischen Programmen erhalten. Darüber hinaus bezweifelt Bellamy, dass Länder mit politischer Instabilität, autoritären Regimen, Terrorismusbezug oder mangelnder Rechtsstaatlichkeit Partner in einem universitären Programm sein können, das auf europäischen Werten basiert. Besonders Algerien wird hervorgehoben, da dort laut Bellamy freie Denker wie Boualem Sansal oder Christophe Gleizes inhaftiert seien.

Die beiden französischen Staatsbürger Cécile Kohler (41) und Jacques Paris (72), die seit Mai 2022 im Iran inhaftiert waren, sind nach dreieinhalb Jahren Haft aus dem Gefängnis Evin in Teheran entlassen worden. Sie waren wegen angeblicher Spionage für französische und israelische Geheimdienste zu 20 bzw. 17 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Laut Präsident Emmanuel Macron befinden sie sich nun in der französischen Botschaft in Teheran und sind unter Auflagen freigelassen, dürfen das Land aber vorerst nicht verlassen. Ihr endgültiger Rückflug nach Frankreich hängt noch von weiteren diplomatischen Verhandlungen ab. Paris hatte zuvor eine Klage gegen den Iran vor dem Internationalen Gerichtshof zurückgezogen, was den Weg für eine Einigung öffnete. Die endgültige Rückkehr nach Frankreich hängt vermutlich von einer iranischen Staatsbürgerin ab, die in Frankreich unter Auflagen freigelassen wurde und auf ihren Prozess im Januar 2026 wartet. Frankreich bezeichnete Kohler und Paris als „Staatsgeiseln“, da ihre Verhaftung Teil der iranischen „Geiseldiplomatie“ sei: das systematische Festhalten westlicher Bürger als Druckmittel in politischen oder juristischen Verhandlungen. Noch immer sollen etwa zwanzig westliche Staatsangehörige im Iran festgehalten werden.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Georges-François Leclerc ist zum Kabinettschef von Präsident Emmanuel Macron ernannt worden. Der bisherige Präfekt der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur war der frühere Kabinettschef von Armeeministerin Catherine Vautrin. Sein Führungsstil wird als entschlossen beschrieben, von manchen jedoch als autoritär empfunden. Seine politische Haltung, die als vom Präsidenten abweichend gilt, sorgt im Élysée für gewisse Vorbehalte. Dennoch bestätigte Emmanuel Macron seine Ernennung – unter anderem auf Empfehlung von Emmanuel Moulin (Generalsekretär des Präsidenten). Er tritt sein Amt am Montag, dem 10. November, an. Als Kabinettschef wird er die internen Abläufe und Verwaltungsangelegenheiten koordinieren sowie bei bestimmten Personalentscheidungen mitwirken. Er folgt auf Patrice Faure, der kürzlich zum Polizeipräfekten von Paris ernannt wurde.

DIE ZAHL DER WOCHE

1,15 Milliarden Euro

3	4	7
0	8	5
5	2	6
7	3	1
9	8	2
2	0	1

So hoch ist die aktuelle Kostenschätzung für das umfassende Renovierungsprojekt des Louvre, genannt *Louvre Nouvelle Renaissance*. Laut einem kritischen Bericht des französischen Rechnungshofs bleibt dieses Budget – ursprünglich auf 700 bis 800 Millionen Euro veranschlagt – unzureichend, um den erheblichen Investitionsrückstand und die zunehmende bauliche Verschlechterung des berühmtesten Museums der Welt auszugleichen. Zwischen 2018 und 2024 gab der Louvre nur 26,7 Millionen Euro für Wartung und Sicherheit aus, während über 100 Millionen Euro in den Ankauf neuer Kunstwerke flossen. Drei Wochen nach dem spektakulären Juwelendiebstahl ruft der Rechnungshof dazu auf, die Prioritäten auf Sicherheit und Restaurierung des Palastes zu richten, um dieses Symbol des französischen Kulturerbes langfristig zu erhalten.